

Landshuter Zeitung

Niederbayerisches Heimatblatt für Stadt und Land · Gegründet 1849

Nummer 139 Adalbert von Magdeburg, Inge – Samstag, 20. Juni 2015 – Johann Georg Hamann 1,60 € / B 4428 A

■ **LOKALES**

Umbau des Alten Franziskanerklosters könnte sich verteuern

■ **REGIONALES**

Interreg soll Ostbayern und Tschechien noch weiter vernetzen

■ **DIE SEITE DREI**

Mütter laufen Sturm: Biergarten-Wirt richtet kinderfreie Zone ein

■ **WIRTSCHAFT**

Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen bringt Milliarden ein

■ **SPORT**

Österreich-GP: Vettel Schnellster im zweiten Training vor Rosberg

Kraftwerk Isar soll Zwischenlager für Atommüll werden

Hendricks stellt Plan vor – Staatsregierung legt heftigen Protest ein – Weber: Keine Festlegung ohne Freistaat

München/Berlin. (dpa/gd) **Erstmals überhaupt soll aus dem Ausland zurückkommender deutscher Atommüll auch nach Bayern gebracht werden. Diesen Plan, wonach 26 Castor-Behälter mit radioaktivem Müll auf insgesamt vier Bundesländer aufgeteilt werden sollen (wie in einem Teil unserer Auflage bereits berichtet), präsentierte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) am Freitag den vier großen Energiekonzernen in Berlin. Die Staatsregierung legte wütenden Protest ein und drohte mit einem Scheitern der Energiewende.**

Fünf Behälter mit mittel radioaktivem Abfall aus dem französischen La Hague sollen schon 2017 zum Zwischenlager im baden-württembergischen Philippsburg gebracht werden. 21 Behälter mit hoch radioaktivem Müll aus dem britischen Sellafield will Hendricks bis 2020 relativ gleichmäßig auf die Lager bei den Atomkraftwerken Isar (Bayern), Biblis (Hessen) und Brokdorf (Schleswig-Holstein) verteilen. Sie erwarte, dass sich die Konzerne daran „orientieren“, sagte Hendricks. Sie verwies darauf, dass in Bayern „der bei Weitem allermeiste Atommüll produziert worden ist“.

Staatskanzleichef Marcel Huber (CSU) rügte dies scharf: „Wenn der Bund hier allein entscheiden will, stellt er eine Einigung bei der Energiewende insgesamt infrage“, erklärte er. „Fakt ist: Wir stehen bei der Energiewende auf der Zielgeraden unserer schwierigen, komple-

xen Verhandlungen“, sagte Huber. Dabei lasse sich kein Bereich isoliert betrachten und entscheiden. „Vielmehr gilt: Alles hängt mit allem zusammen. Eine Energiewende gegen den Willen einzelner Länder hat keine Chance. Wir müssen alle Entscheidungen im gegenseitigen Einvernehmen treffen, auch die schwierige Frage der Zwischenlagerung des Atommülls.“ Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) sprach von einem „unfreundlichen Akt“.

Niederbayerns CSU-Vorsitzender Manfred Weber sagte unserer Zeitung: „Das Vorgehen von Ministerin Hendricks ist befremdlich und baut kein Vertrauen auf. Wir erwarten jetzt umgehend eine enge Einbindung des Freistaats. Ohne Zustimmung aus Bayern darf es keine Festlegung geben. Die Ministerin darf vor allem die Bevölkerung nicht vor den Kopf stoßen.“

Dagegen hält Max Straubinger die Einigung für einen normalen Vorgang. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe sagte unserer Zeitung, Deutschland müsse den Atommüll aus dem Ausland zurücknehmen und dieser Pflicht könne sich auch Bayern nicht entziehen. Da sich die Länder bisher nicht hätten einigen können, sei es klar, dass die Bundesumweltministerin das Thema an sich ziehe. Allerdings müsse die Zwischenlagerung im Kontext der Energiewende gesehen werden. „Die Zwischenlagerung gehört zum Gesamtkonzept der Energiewende“, doch ein solches Konzept liege derzeit noch nicht vor. *Innenteil*



WINDKRAFT IM STURZFLUG: Der Ausbau der Windkraft in Bayern ist nach der Verschärfung der Bauvorschriften durch die Staatsregierung nahezu zum Erliegen gekommen. Von Anfang Dezember bis Ende März wurden bayernweit lediglich neun Anträge für neue Windräder nach den neuen Abstandsregeln gestellt. Das geht aus den Daten hervor, die das Umweltministerium auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen übermittelte. Seite 4

Mit Papiertüten Richtung Sonne

Waldkindergarten für Projekt „Kitas und Energiewende“ ausgewählt

Niederaichbach. (bot) Selbst gebastelte „Solarfingerwärmer“, eine Fragestunde mit dem Bürgermeister und einem Uni-Professor oder auch das Ausfüllen eines Fragebogens gehören für die Kinder des Waldkindergartens in Niederaichbach derzeit zum Alltag. Der Grund: Der Waldkindergarten ist einer von fünf Kitas in Bayern, die für das Kooperationsprojekt „KIEN“ ausgewählt wurden. Auch fünf Einrichtungen in Norddeutschland nehmen an dem Projekt teil, denn es ist eine Gemeinschaftsaktion der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und der Universität Lüneburg.

Die Kinder sollen sich mit der Energiewende beschäftigen, daher auch der Projektname „KIEN“, der für Kitas und Energiewende steht. Dabei wird experimentiert: Die Kinder bastelten zum Beispiel Papierkegel mit Alufolie zum Fingerwärmen und lernten damit, dass man die Sonne nutzen kann. An die



Die Uni-Vertreter Professor Klaus Menrad (l.) und Florian Botzler sowie Bürgermeister Josef Klaus (r.) lernen von den Kindern. (Foto: bot)

Eltern der Kinder und auch an die Gemeinderäte der Kommunen, in denen die Kitas liegen, werden Fragebögen verteilt. Das Projekt dauert bis 2017. Der Waldkindergarten hat

als erste der zehn Kitas mit dem Projekt begonnen. Bürgermeister und Universitätsmitarbeiter statteten den Kindern in dieser Woche deshalb einen Besuch ab.

Cyberangriff: Konkrete Spur nach Russland

Berlin. (dpa) Hinter dem Cyberangriff auf den Bundestag soll eine russische Hackergruppe namens „Sofacy“ stecken. Das haben mit der Untersuchung vertraute Fachleute der Deutschen Presse-Agentur bestätigt. Auch im Untersuchungsbericht über eine Attacke auf Server der Linkspartei ist von dieser wohl staatlich unterstützten Gruppe die Rede. Der Angriff soll auch schon deutlich länger andauern, als bisher bekannt war. Wahrscheinlich hat er bereits vor einem halben Jahr begonnen. *Seite 5*

Griechen heben Milliarden von Konten ab

Tsipras hofft auf Sondergipfel – Euro-Finanzminister fordern Spar- und Reformvorschläge

Luxemburg/St. Petersburg. (dpa) Vor dem wohl entscheidenden Krisentreffen im Schuldendrama um Griechenland haben die Euro-Finanzminister glaubwürdige Spar- und Reformvorschläge aus Athen angemahnt. Mit Blick auf das für Montag angesetzte Treffen der Euro-Länder forderte der griechische Regierungschef Alexis Tsipras seinerseits die EU mit Nachdruck auf, seinem Land zu helfen. Dort hoben verunsicherte Bürger nach Schätzungen vom Freitag allein in dieser Woche rund vier Milliarden Euro von ihren Bankkonten ab.

Vielleicht nehme über das Wochenende die Bereitschaft zu, „das Notwendige zu tun“, sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach Beratungen mit seinen

europäischen Amtskollegen in Luxemburg. Er betonte aber: „Wir sind alle nicht besonders enthusiastisch.“ Die Europäische Zentralbank (EZB) hält Griechenlands Banken mit weiteren Notkrediten vorerst über Wasser. In einer kurzfristig anberaumten Telefonschaltete entschied der EZB-Rat, den Rahmen für sogenannte Ela-Hilfen erneut auszuweiten. Das erfuhr die Nachrichtenagentur Bloomberg von mit der Sache vertrauten Personen.

Tsipras zeigte sich trotz der verfahrenen Situation demonstrativ zuversichtlich und begrüßte die Einberufung des Sondergipfels der Euro-Staaten. „Wir arbeiten jetzt für den Erfolg dieses Treffens“, erklärte Tsipras am Rande eines internationalen Wirtschaftsforums in St.

Petersburg. Erst am Donnerstag war ein Euro-Gruppen-Treffen ohne Einigung mit Griechenland zu Ende gegangen.

Der Ausgang des Sondergipfels ist nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) noch völlig offen. „Der Gipfel am Montag kann nur ein Entscheidungsgipfel werden, wenn eine Entscheidungsgrundlage vorliegt“, sagte Merkel in Berlin bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK). Wenn bis dahin keine Entscheidungsgrundlage vorliege, werde das Treffen lediglich ein „Beratungsgipfel“ – und man müsse weiter warten.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker warnte im Spiegel (Samstag) vor einem griechischen

Austritt aus der Euro-Währungsunion („Grexit“). „Ich habe Herrn Tsipras mehrfach gewarnt, er solle sich nicht darauf verlassen, dass ich ein Scheitern der Gespräche auf jeden Fall verhindern kann“, sagte Juncker.

Griechenland und Russland unterzeichneten auf dem Wirtschaftsforum in St. Petersburg ein Memorandum über den Weiterbau einer russischen Schwarzmeer-Gaspipeline (Turkish Stream) nach Griechenland. Davon erhofft sich die Regierung in Athen dringend benötigte Milliarden-Hilfen aus Moskau. Der russische Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew schloss einen Kauf von Staatsanleihen des schwer angeschlagenen EU-Landes allerdings aus. *Seite 7*